

Die Gleichgültigkeit gegenüber den Freiheitswerten  
ist die größte Gefahr für die „innere Einheit“

## Sieger und Verlierer

Vera Lengsfeld

Als sich die deutsche Nation im Oktober 1990 in einem Staat vereinigte, beherrschten Freude und Optimismus das Denken und Fühlen der meisten Deutschen. Heute, im zehnten Jahr der Einheit, ist die Euphorie einer gewissen Nüchternheit gewichen, nicht jedoch einer nationalen Normalität. Da von wirklichen Verlierern nicht gesprochen werden kann (was nach einer Revolution nicht unbedingt die Regel ist), wird von denjenigen, denen die ganze Sache nicht behagt, ein diffuses Gefühl der Unzufriedenheit verbreitet, so dass sich die Sieger kaum noch Sieger zu nennen trauen.

Das Verhältnis Ost – West in Deutschland ist nicht einfach zu beschreiben, denn gewisse Störungen beruhen nicht auf Tatsachen, sondern auf mentalen Absonderlichkeiten. Noch im Herbst 1999 hätte man – wollte man der veröffentlichten Meinung glauben – davon reden müssen, dass die Kluft zwischen West und Ost immer größer geworden sei, dass wir von der „inneren Einheit“ weit entfernt seien. Damals wurde – angeblich – im Westen befürchtet, das Erbe der DDR erweise sich wirtschaftlich als Fass ohne Boden, die ehemalige DDR hätte nur verseuchte Landstriche, verrottete Betriebe, Atheismus, gedopte Sportler und Spitzel in die neue Bundesrepublik eingebracht. Im Osten andererseits wurde eine neue

Abgrenzung von „westdeutschen“ Lebens- und Politikstilen beobachtet. Von Ausplünderung sei allenthalben die Rede, von Bevormundung und Perspektivlosigkeit. Heute wird zwar der Rechtsradikalismus von Jugendlichen im Osten beklagt (während der Linksradikalismus der PDS längst salonfähig ist), es scheint aber der Glaube zu bestehen, der Osten sei nicht so konventionell, nicht so „korrupt“, aus ihm kämen unbelastete, frische Politiker.

Der Aufbau Ost ist nicht gescheitert. Seit 1990 sind immense Leistungen vollbracht worden. Insgesamt summieren sich die Bruttotransfers aus öffentlichen Kassen seit 1991 auf weit über 1400 Milliarden D-Mark. Dieser Aufbau Ost zählt zu den beeindruckendsten Erfolgsgeschichten und Solidarleistungen unseres Jahrhunderts. Die neuen Länder sind sichtbar aufgeblüht. Wer das nicht sehen will, ist schlicht blind – oder sehr vergesslich. Mittlerweile ist die Quote der Erwerbstätigen im Westen und Osten beinahe gleich groß und liegt bei etwa sechzig Prozent. Allerdings, das Bild von „dem“ Osten ist falsch: Die neuen Länder haben eine unterschiedliche Entwicklung genommen. Kurz nach der Währungsumstellung verdienten Arbeiter und Angestellte in der Industrie der neuen Länder durchschnittlich 1393 D-Mark im Monat, Arbeiter und An-

gestellte in den alten Bundesländern durchschnittlich 3983 D-Mark. Seitdem ist das verfügbare Einkommen in den neuen Ländern deutlich angestiegen: allein von 1991 bis 1994 um über 51 Prozent.

Trotz des riesigen finanziellen Aufwandes, mit dem Bund und Länder die Folgen von Teilung und deutschem Kommunismus zu tilgen versuchen, trotz des realen Aufschwungs hat sich ein gemeinsames deutsches Selbstbewusstsein in zehn Jahren nicht vollständig ausgebildet. Dafür gibt es reale Gründe: Von der Arbeitslosigkeit sind im Osten bestimmte Berufs- und Altersgruppen betroffen. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist viel zu hoch. Doch „Ostalgie“, ein im Übrigen weit übertriebenes Phänomen, kann erst entstehen, wenn Vergangenheit vergessen wird, wenn die DDR als obskures Objekt der politischen Verklärung erscheint. Beschönigen, Banalisieren und Leugnen sind angesagt. Das sei, so will man uns einreden, die Voraussetzung für die „innere Einheit“. Nun darf man sich nicht täuschen lassen: Hunderttausende Leistungsträger, besonders jüngere Facharbeiter und Fachkräfte, sind in den Westen übergesiedelt. Vor allem: Die meisten früheren DDR-Bürger haben ihr Leben nach den gravierenden Umbrüchen selbstbewusst, gelassen und selbstbestimmt neu gestaltet. Sie sind die Gewinner der deutschen Einheit. Es sind zwar lautstarke Gruppen, doch gleichwohl Minderheiten, die Stimmung gegen „den Kapitalismus“ und „den Westen“ machen. Scheinheilig geben sie vor, die Unterdrückung der Gesellschaft in der DDR durch angeblich nur einige wenige „schlechte Genossen“ anzuerkennen. Über eine vermeintliche Identität einer „DDR-Biografie“, die von „Besserwessis“ und Ex-Dissidenten angegriffen werde, die es aber gegen das „Runtermachen von Lebensleistungen“ zu

verteidigen gelte, bauen politische DDR-Nostalgiker insgeheim wieder eine Systembejahung auf. Es werden falsche Gegensätze benutzt: „Demokratie“ gegen DDR-Gemütlichkeit, Pluralismus gegen Selbstachtung. Politische, mentale, kulturelle Differenzen werden vermischt. Der Trick funktioniert, die PDS, eine rein populistische Partei, gewinnt allein aus zynischer Larmoyanz ihre politische Stärke. Und nicht wenige Grüne und SPD-Politiker stoßen in das gleiche Horn, auch Bürgerliche lassen sich anstecken, und so bedient man die gleichen Affekte wie die Ewiggestrigen der Linken. Es wurden bei der Vereinigung durchaus Fehler gemacht. Der größte Fehler war, die Eröffnungsbilanz zu verschönern. Die Deutschen wurden mit dem Ausmaß des wirtschaftlichen Bankrotts, der ökonomischen und sozialen Verwüstung, die das SED-Regime hinterlassen hatte, nicht ernsthaft konfrontiert. Das gab der umbenannten SED bald die Möglichkeit, die flächendeckende Neustrukturierung der alten Wirtschaftsstrukturen, die daraus resultierende Arbeitslosigkeit und die Probleme der in Unselbstständigkeit gehaltenen Menschen mit der offenen Gesellschaft zu Fehlern der Vereinigung zu erklären. Die demokratischen Parteien ließen zu, dass die PDS-Slogans von den „Bürgern zweiter Klasse“ die Meinung beherrschten, dass die Rede vom angeblichen „Abbau Ost“, dem Plattmachen von Demokratisierung die Atmosphäre vergifteten. Obwohl die PDS zwanzig Prozent der Wähler in den neuen Bundesländern repräsentiert, beherrscht sie achtzig Prozent der Berichterstattung über die dortigen Parteien. Dafür ist eine bundesdeutsche Publizistik verantwortlich, die mehrheitlich die Vereinigung nicht gewollt hat und zu deren Trauerarbeit über die verlorene DDR es gehört, die Nach-Wende-SED zu hofieren. Die

stupide kommunistische Wirklichkeit der PDS wurde geschickt verdeckt: Aber sie ist auf dem Parteitag in Münster sichtbar geworden.

---

### **Zwangsläufiger Untergang**

---

Die DDR ist zwangsläufig verschwunden: Schon Ende 1981 bahnte sich ein Kreditstopp westlicher Banken für die DDR an. Die Investitionseffizienz halbierte sich in dem kurzen Zeitraum von 1981 bis 1984. Seit Mitte der achtziger Jahre gab es kein reales Wirtschaftswachstum mehr. Die Innovationsschwäche der DDR war evident. Die Leistungen der DDR-Wirtschaft hätten auch mit einem deutlich geringeren Einsatz an Arbeitskräften erbracht werden können. Große Teile der Industrie hatten in über vierzig Jahren der sozialistischen Herrschaft weitgehend von ihrer Substanz gelebt. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit verschlechterte sich rapide. Die verminderte Exportfähigkeit der DDR-Produkte drückte sich auch in der Veränderung des Kurses der Mark der DDR zur D-Mark aus. War 1970 noch eine Relation von 1,70 Mark für eine D-Mark festgelegt, so wurden im Jahre 1988 4,40 Mark für eine D-Mark getauscht. Der Versuch, die Mikroelektronik weltmarktfähig zu entwickeln, scheiterte völlig. Der im Jahre 1988 von der DDR hergestellte 256-Kilobit-Chip kostete 534 DDR-Mark je Stück, auf dem Weltmarkt war er für zwei Dollar zu bekommen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf stieg von 1985 bis 1989 nur noch unwesentlich an und fiel relativ zum bundesdeutschen Pro-Kopf-BIP von 36 Prozent 1985 auf 33 Prozent 1989. Im April 1988 forderte der SED-Planungschef Gerhard Schürer starke Einschränkungen im sozialen Bereich und eine Senkung des Lebensstandards. Im Laufe des Jahres 1989

verschlechterte sich die Lage sichtbar. Schürer prognostizierte im Mai 1989 – selbstredend intern – die Zahlungsunfähigkeit der DDR für 1991. Der Verschleißgrad in sensiblen Bereichen der Industrie, so schätzte das MfS im Oktober ein, lag bei fünfzig Prozent, bei landwirtschaftlichen Anlagen bei 65 Prozent: Am 27. Oktober 1989 trug Generalleutnant Kleine, Leiter der MfS-Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft), seinen Abteilungsleitern eine Krisen-Analyse vor. Nach seiner Einschätzung wären mindestens 500 Milliarden erforderlich, um den Anschluss an die westlichen Länder auf dem Gebiet der industriellen Produktion nicht zu verlieren. Dies hätte zwei vollen jährlichen Nationaleinkommen der DDR entsprochen. Alexander Sinowjew hat in seinem 1980 erschienenen Buch *Kommunismus als Realität* erkannt, dass die „soziale Auslese der anpassungsfähigsten Individuen“ eine wichtige Grundlage für die Existenz der Ostblockstaaten gewesen ist. Gerade die SED-Eliten in der DDR waren eine Negativ-Auslese. Zu den Versprechen des Einigungsprozesses allerdings gehörte, die SED-Eliten zu schonen. Die Eliten der DDR sind fast vollständig auf die Füße gefallen. Verlierer der Einheit jedenfalls sind sie nicht.

Viel realer ist jedoch die Benachteiligung durch die Entscheidung der Bundesregierung, das zwischen 1945 und 1949 in der Sowjetzone enteignete Gut zu verkaufen, statt den rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben. Dies hat mehr als nur materielle Bedeutung, es ist vorenthaltene Gerechtigkeit. Auch die zögerliche finanzielle Entschädigung der Opfer von Stalinismus und Kommunismus war unverständlich. Die Wirkungen der sich aus solchen Entscheidungen ergebenden Veränderungen im Wesen des Staates zeigen sich langfristig.

Die Bevorzugung des politisch Opportunen zu Lasten dessen, was die Gerechtigkeit gebietet, trägt zur inneren Entfremdung der Bürger von ihrem Gemeinwesen erheblich bei. Und eine große Gefahr für unsere Demokratie ist eine schleichende Auszehrung durch die wachsende Distanz der Bürger gegenüber dem Gemeinwohl und eine abnehmende Bindung und ein allgemeiner Vertrauensschwund in die demokratischen Institutionen.

Die DDR war eine sozialistische Parteidiktatur mit totalitärem Anspruch und Charakter, mit einem Führungszentrum, das tatsächlich die totale Machtbefugnis besaß und über die Nomenklaturkader ausübte. Es gibt daran nichts zu amnestieren oder zu revitalisieren! Und politische Differenzen dürfen nicht, wie es in Mode gekommen ist, verschliffen werden. Sicher, nach vierzig Jahren Teilung gibt es mentale Unterschiede zwischen Ost und West. Der Westen hat eine kulturelle Amerikanisierung und revolutionsartige Individualisierungsprozesse durchgemacht. Im Osten wirkte ein arbeiterlich-sowjetisches Erziehungssystem fort. Nur sehr wenige wünschen sich zwar die DDR wirklich zurück, aber eine nicht unbedeutende Menge sagt immer noch: Die Idee des Sozialismus war gut, nur die Durchführung war schlecht. Im Osten der Republik hängen mehr Menschen als im Westen Deutschlands an der Vorstellung einer sozialen Gerechtigkeit durch Gleichheit. Die Freiheit ist ein untergeordneter Wert. Die Menschen in den neuen Ländern befürworten überwiegend einen fürsorglichen Staat, einen staatlichen Interventionismus in ökonomischen Dingen; sie haben tiefes Misstrauen gegenüber freien Marktkräften. Doch sollten die Unterschiede nicht überbewertet werden. Auch der Westen ist stark sozialdemokratisiert. Der Politologe Eck-

hard Jesse erinnert sich: „Wer mit Intellektuellen sprach, die in den achtziger Jahren aus dem Wirtschaftsgral der DDR gekommen waren, gewann den geradezu paradox anmutenden Eindruck, dass dem Marxismus im westlichen Deutschland mehr Lebenskraft innezuwohnen schien als im östlichen.“

1989 und 1990 waren weltgeschichtlich bedeutsame Jahre. Es waren revolutionäre Jahre: Der 1917 ausgebrochene Krieg der Ideologien fand sein Ende. Die bipolare Ordnung verschwand, die Sowjetunion zerfiel. Wer ist nun der Sieger des „Weltbürgerkrieges“? Wird die Welt von Fortschritt, Zivilisation, Humanisierung bestimmt werden? Zweifel sind angebracht. Es wäre fatal zu glauben, die Geschichte bewege sich mit Notwendigkeit in eine Richtung. Mit der Beseitigung der Ordnung des Kalten Krieges begann keineswegs eine selbstverständliche universale Durchsetzung von Demokratie, Marktwirtschaft und persönlichen Freiheitsrechten. Und dennoch liegen in der Epoche bei weitem mehr Chancen als Gefahren, man denke nur an das Humankapital, das vom Kalten Krieg gebunden wurde.

Wie reagieren die politischen Eliten in Deutschland auf die neue Lage? Die „Jalta-Generation“ ist von der politischen Bühne abgetreten. Helmut Kohl war ihr letzter großer Vertreter, die Wiedervereinigung war ihr letztes großes Verdienst. Von Stefan Heym stammt der Satz: Er müsse nachträglich Herrn Kohl dankbar sein, „[...] dass er sich die DDR so schnell einverleibt hat. Wenn ich mir vorstellte, die DDR wäre noch Teil des Sowjetreiches – was hätte das für Wirren gegeben.“

Zwar ist der Staatskommunismus in Europa verschwunden, die DDR, ein mediokrer „so-wjetisierter deutscher Teilstaat“, ist unterge-

gangen, aber all das oben Gesagte verdient die imperfekte Form wohl nur in dieser Beziehung. Denn eine totalitär gesinnte, wengleich liberal getarnte Linke existiert weiterhin. Man darf sich sogar fragen, ob der „Westen“ Europas nicht durch egalitaristische, konstruktivistische Gedanken so stark geprägt ist, dass die extreme Linke schon als Normalität erscheint. Wenn „links“ hingegen interpretiert werden darf als Opposition gegen ungerechte Realitäten und Krieg, gegen menschliche Ungleichheit, als Revolte gegen die Geschichte selbst, dann wäre die „Linke“ die lebendige politische Form der Eschatologie, ein Paradoxon, das stets in bester Absicht zu übermenschlichen und also potenziell unverantwortlichen Handlungen neigt. Hat *diese* Linke durch die Revolution vor zehn Jahren verloren?

### Verschiebung von Begriffen

Wir haben es seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland mit der Verschiebung von Begriffen und Paradigmen zu tun. Sie zeigen einen Wechsel im „Weltbild“ an. Dieser Prozess innerhalb der politisch liberalen und wertkonservativen Demokratie wurde in den sechziger Jahren deutlich und führte dazu, bis dahin zentrale Vorstellungen der demokratischen Staaten zu verändern. Ein „linker“ Überbau begann, das Maß für „gut“ und „böse“ vorzugeben; eine Ideologie prägt sich aus, die zwar dogmatisch an die Herrschaft der Vernunft gebunden ist, aber nicht willens und in der Lage zuseinscheint, Phänomene anzuerkennen, die ihre Grundlagen in Zweifel ziehen. Diese Ideologie, die den „Verdacht“ der Unmenschlichkeit gegen andere stets bereithält, hat in Deutschland längst die Züge einer unkritischen Zivilreligion angenom-

men. Sie bestimmt das Meinungsklima, spricht ungehemmt Frageverbote aus, unterdrückt alles, was Egalität relativiert, Utopie angreift sowie auf anthropologischen Differenzen und der Bedeutung der Geschichte beharrt. Die Scheidelinie zwischen rechts und links ist an solchen Punkten evident. Der Göttinger Historiker Karlheinz Weißmann definiert: „Hier die Behauptung von unveränderlichen anthropologischen Gegebenheiten, die Annahme einer fundamentalen Ungleichheit der Individuen, die Betonung der Schwäche des Einzelnen und die Notwendigkeit seiner Einbindung, dort die Vorstellung von einer fast unbegrenzten Wandelbarkeit des Menschen, Vertrauen in seine Perfektibilität, Unterstützung aller Egalitäts- und Emanzipationsanforderungen.“ Tatsächlich stört diejenigen, die von der vollkommenen Machbarkeit der Verhältnisse ausgehen, jede Kritik an ihrem Konstruktivismus. Soziologische Kriterien sollen das Sein des Menschen und seiner Institutionen gänzlich erklären. Das Allzumenschliche, das Eigene und das Fremde sind nur fiktive Kategorien. Die Vorstellung von der Produzierbarkeit der Verhältnisse ist eine der großen Faszinationen der Neuzeit.

Botho Strauß schrieb im *Anschwellenden Bocksgesang*: „Der Widerstand ist heute schwerer zu haben, der Konformismus ist intelligent, facettenreich, heimtückischer und gefräßiger als vordem, das Gutgemeinte gemeiner als der offene Blödsinn [...]“. Tatsächlich ist das Land von einer Verkrampfung erfasst, einer Dogmatik, die Jürgen Habermas „ethische Vergewisserung“ nennt und mit der jeder „andersdenkende“ Diskurs in Nischen gedrängt worden ist. Geistige Freiheit, Individualität, lebendige Überlieferung werden zugunsten abstrakter gesellschaftlicher Vorstellungen ein-

geschränkt. Der Mensch wird beschnitten nach einer Schablone, die dem Geist von politischen „Machern“ entstammt.

---

### Die Maske der Freiheit

---

In Ernst Jüngers Aufsatz *Waldgang* geht es um die Bewahrung der Freiheit des Einzelnen in Zeiten der verborgenen Gewalt: Der Gegner nämlich trägt nun selbst die Maske der Freiheit. Diese pseudo-libertäre Form der Unmündigkeit ist eine eifernde Form der Manipulation, eine biedere Tabuisierung des Allzumenschlichen und Vielfältigen und Nicht-Egalitären. Humanität aber als geistiger und sittlicher Boden der westlichen Menschenwürde hängt ab von Erziehung, Sprache, Tradition, Kultur und Bildung.

Die deutsche Linke ist konzeptlos und frei von politischen Inhalten. Von ihr, sie mag sich „neue Mitte“ nennen, ist vorerst keine geistige Offensive zu erwarten. Sie wird den Zerfall der Gesellschaft in Form der politischen Korrektheit vorantreiben. Für die Linke bedeutete das Jahr 1990 eine Niederlage. Aber ausgeschieden ist sie nicht, im Gegenteil.

Wir stehen vor der Auseinandersetzung mit den geistigen Grundlagen einer die politische Kultur Deutschlands dirigierenden Linken, die sich allerdings seit dreißig Jahren die Mühe gibt, sich liberal zu tarnen.

Die Affinität der so genannten Progressiven zu ideologischer Verblendung und freiheitsfeindlichen Systemen ist noch nicht genügend diskutiert. Dort, wo die Unfreiheit lange abwesend ist, wo der Wohlstand politische Verantwortungslosigkeit gebiert, pflegen die Vorteile der Freiheit zu verblasen. Diese Gleichgültigkeit gegenüber den Freiheitswerten ist die größte Gefahr für die „innere Einheit“ Deutschlands.

Im Westen gab es starke Widerstände gegen die Vereinigung in Freiheit. Die deutsche Teilung galt auch im Westen als Quintessenz der Geschichte. Der DDR-Sozialismus wurde jenseits von Werra und Elbe von Leuten relativiert, die heute zum politischen Establishment gehören. Selbstverleugnung war beinahe zu einem nationalen Reflex geworden. Die „Realität anerkennen“ bedeutete seit den siebziger Jahren immer seltener, den deutschen Status quo eigentlich verändern zu wollen. Die Wiedervereinigung galt als „Illusion“ (Egon Bahr), als „Mythos“ (Walter Momper), als „Gefahr für den Frieden“ (Peter Glotz) und als „Lebenslüge“ der Bonner Republik (Willy Brandt). CDU-„Vordenker“ Heiner Geißler wollte 1988 die „Wiedervereinigung“ als Zielbestimmung aus dem Grundsatzzprogramm der CDU streichen lassen. Antje Vollmer sagte noch am 8. November 1989: „Dabei ist die Rede von der Wiedervereinigung – das ist mir jetzt sehr wichtig – historisch überholter denn je.“ Die DDR wurde anerkannt, die Dissidenten als Gefahr für die Entspannung betrachtet. Václav Havel schrieb: „Ich erinnere mich noch, wie zu Beginn der siebziger Jahre einige meiner westdeutschen Freunde und Kollegen mir auswichen aus Furcht, dass sie durch einen wie auch immer gearteten Kontakt zu mir, den die hiesige Regierung nicht gerade liebte [...], die zerbrechlichen Fundamente der aufkeimenden Entspannung bedrohen könnten. [...] Nicht ich war es, sondern sie, die freiwillig auf ihre Freiheit verzichteten.“

Der Untergang des Kommunismus und die Wiedervereinigung Deutschlands waren revolutionäre Vorgänge. Der „Phantom-schmerz“, wie Martin Walser die deutsche Teilung nannte, ist 1989 gewichen. In zwölf Monaten war hinweggefegt, was bis dahin

zu den „unverrückbaren“ Wahrheiten der veröffentlichten Meinung in Deutschland gehört hatte. Eine Bewegung, die sich die Losung „Wir sind ein Volk!“ auf die Fahnen schrieb, musste auf die selbst ernannten progressiven Geschichtsphilosophen verstörend wirken. Joschka Fischer sagte eine Woche nach der Maueröffnung: „Die Geschichte ist in unseren bundesrepublikanischen Alltag eingebrochen.“ Er traf den Kern des Problems: Die Normativität des Faktischen hatte über die Ideologie gesiegt. Die 68er haben zwar viele Positionen besetzt, die „kulturelle Hegemonie“ errungen, aber 1989 mussten sie eine starke Niederlage hinnehmen. Brigitte Seebacher-Brandt schrieb: „Die Geschichte hat sie überlistet und – abgewählt. Auf geschichtlichen Wandel war die Generation der 68er nicht vorbereitet und nicht einmal darauf, dass das eigene Weltbild Risse erhielt. So versagten sie in jenem Augenblick, der zur Epoche wurde.“

Die Rede von einer „gescheiterten inneren Einheit“ soll die historische Niederlage verdecken, sogar in einen Sieg umwandeln. Gewarnt wurde vor einem „Vierten Reich“, einem neuen „Großdeutschland“, polemisiert wurde gegen einen „Anschluss“ der DDR. Nach Auschwitz, so Günter Grass, hätten die Deutschen die Einheit nicht mehr verdient. Die westdeutsche Linke hat zwanzig Jahre lang Deutschland mit ihren Themen und Begriffen bestimmt. Aber 1989 stand sie jenseits der Geschichte. Diese politische Klasse ist von ihrem Volk 1989 tief enttäuscht worden.

Bedenklich ist der zu Grunde liegende Begriff von Politik: Das dogmatisch Gewünschte wird mit der Realität verwechselt. Die Deutschen haben verdrängt, dass Poli-

tik notwendig mit starken Interessenkonflikten, auch solchen, die nicht im Konsens zu lösen sind, zusammenhängt. Der Glaube an eine universale *civil society*, die ohne Repression wohltätig wirkt, ist Zeichen einer tief sitzenden antipolitischen Einstellung.

Der Westen kann von Erfahrungen lernen, die beim Aufbau Ost gemacht worden sind: So gibt es in den neuen Bundesländern erheblich flexiblere Tarifverträge und zum Teil effizientere Planungs- und Genehmigungsverfahren, weniger Über-Regulierung und falschen Perfektionismus.

Die deutsche parlamentarische Demokratie ist nicht Utopia. Sie ist fehlbar, wie Menschen fehlbar sind. Sie erlaubt Ungleichheiten, weil Menschen ungleich sind. Und sie bildet das unbequeme Gegenteil von ideologischen Heilslehren. Die deutsche Demokratie hat sich zwar fünfzig Jahre bewährt, aber es waren Jahre der Prosperität. Demokratische Konzepte sind die Grundlage für Wohlstand, sie sind aber auch auf diesen Wohlstand angewiesen. Die Synthese von Wettbewerb und Solidarität ist das Erfolgsrezept der Sozialen Marktwirtschaft. Solidarität darf aber nicht einseitig interpretiert werden: Es ist ein Gebot der Solidarität, dass die Vermögenden den Bedürftigen helfen, aber auch, dass Hilfeempfänger, die zu eigener Leistung fähig sind, diese der Gemeinschaft nicht verweigern dürfen.

Auch wenn die Überwindung der Folgen von vierzig Jahren Teilung und Kommunismus mehr Zeit in Anspruch nimmt, als viele vor zehn Jahren erwartet haben, ein geeintes Deutschland wird auch weiterhin seinen Platz in der Welt als innovative und selbstbewusste Nation behaupten. Nur müssen wir unsere vorhandenen Möglichkeiten konsequent nutzen.